



WWF-Parteien-Check

Zehn Fragen an die Parlamentsparteien
anlässlich der Nationalratswahl 2024

WWF Österreich

August, 2024

Umwelt-Check zur Nationalratswahl 2024

Anlässlich der Nationalratswahlen hat der WWF die Parlamentsparteien zu zehn umweltpolitischen Themen befragt – vom Bodenschutz über das Steuersystem bis zum Schutz von Klima und Natur.

Am 29. September 2024 wählt Österreich einen neuen Nationalrat. Anlässlich dieser Weichenstellung hat der WWF die fünf aktuellen Parlamentsparteien zu ausgewählten umweltpolitischen Themen befragt. Alle Fragen an die Spitzenkandidaten, Generalsekretäre und Bundesgeschäftsführer sowie Umweltsprecher zielen darauf ab, inwiefern sich ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode für das jeweilige Vorhaben einsetzen und es im Regierungsprogramm verankern möchte, wenn sie darüber verhandelt. Die Fragen sind so formuliert, dass sie konkret mit Ja oder Nein beantwortbar sind und die Parteien ihre Replik jeweils begründen können. Der WWF hat alle Antworten der Parteien auf Basis eines Ampelsystems eingeordnet. Bei unklaren Antworten erfolgte für die grafische Zuordnung eine weitere Bewertung unter Berücksichtigung öffentlicher Aussagen.

Frage 1: Wird sich Ihre Partei für die Verankerung eines Bodenschutz-Pakets im künftigen Regierungsprogramm einsetzen, wenn sie darüber verhandelt?

ÖVP: *„Der erfolgte Beschluss der Bodenstrategie ist ein wichtiger Meilenstein für den sorgsamem Umgang mit unserem wertvollen Boden. Nun sind die Länder, Gemeinden und Städte in die Umsetzung eingebunden. Wir stehen an der Seite unserer heimischen Bäuerinnen und Bauern: Denn es (geht) auch darum, landwirtschaftliche Flächen langfristig zu sichern, um die Versorgung der Österreicherinnen und Österreicher mit Lebensmitteln auch in Zukunft zu gewährleisten.“*

SPÖ: *„Ja. Der Schutz unserer wertvollen Böden benötigt dringend höhere politische Aufmerksamkeit. Die SPÖ tritt für eine bundesweite Bodenschutzstrategie mit Obergrenzen für den Verbrauch und Vorgaben für die Entsiegelung nicht genutzter Flächen ein.“*

FPÖ: *„Ja.“*

Grüne: *„Ja. Österreich braucht ein verbindliches Bodenschutzziel. Jeden Tag werden fast 12 Hektar gesunde Böden - Grün- und Freiräumen, Wiesen und Wäldern – für Einkaufszentren, Gewerbeparks oder Luxus-Chalets zubetoniert. Damit stehen wir im europäischen Vergleich an der traurigen Spitze beim Bodenfraß. Dabei sind Böden Lebensgrundlage und erfüllen wichtige Funktionen: Sie schützen uns vor Hochwasser, binden Kohlenstoff und Schadstoffe, sind Lebensraum für Tiere und Pflanzen und auf ihnen wächst unser Essen. Das zunehmende Verbetonieren gefährdet langfristig also auch unsere Ernährungssicherheit. All diese Aspekte müssen in einem Bodenschutzpaket berücksichtigt werden. Ein Bodenschutz-Vertrag zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wäre ein gutes Instrument. Wir Grüne werden uns weiterhin auf allen Ebenen für jeden Quadratmeter gesunden Boden einsetzen und die wichtige Ressource Boden schützen, damit auch unsere Kinder und Enkelkinder noch eine lebenswerte Zukunft haben. Denn Bodenschutz ist auch Trinkwasserschutz, ist Naturschutz, ist Hochwasserschutz und letztlich Menschenschutz.“*

NEOS: *„Ja. Österreich liegt beim Flächenverbrauch im unrühmlichen europäischen Spitzenfeld - mit katastrophalen Folgen für die Umwelt, das Klima und alle Menschen, die hier leben. Dem Flächenverbrauch muss endlich mit entschlossenen Handlungen begegnet werden, nachdem sich die derzeitige Bundesregierung nicht mit den Bundesländern auf eine gemeinsame Bodenstrategie einigen konnte. NEOS fordern ein Bundesrahmengesetz und eine Bundesstrategie für Flächenmanagement und Raumordnung inklusive einer rechtlich verbindlichen Reduktion des täglichen Flächenverbrauchs auf max. 2,5 Hektar bis 2030.“*

WWF-Bewertung: Der hohe Bodenverbrauch von rund 12 Hektar pro Tag zählt zu den größten Umweltkrisen. Daher ist es ein positives Signal, dass sich mit SPÖ, FPÖ, Grünen und NEOS vier von fünf Parlamentsparteien explizit für ein Bodenschutz-Paket im künftigen Regierungsprogramm einsetzen wollen. Die ÖVP antwortet hier nicht konkret, sondern verweist auf die Sicherung landwirtschaftlicher Flächen sowie die „Bodenstrategie“. Bei dieser handelt es sich um eine unverbindliche Absichtserklärung der Bundesländer mit mehreren Lücken beim Bodenschutz. Die zuständige Raumordnungskonferenz (ÖROK) hat die Strategie formal gar nicht beschlossen, da es dazu keine Einigung mit der gesamten Bundesregierung gegeben hat. Der WWF plädiert in diesem Zusammenhang für einen verbindlichen Bodenschutz-Vertrag von Bund, Ländern und Gemeinden¹.

Frage 2: Werden Sie sich konkret dafür einsetzen, dass im Regierungsprogramm verbindliche Reduktionsziele für den Bodenverbrauch bzw. die Bodenversiegelung verankert werden?

ÖVP: „Die Raumordnung unterliegt den Kompetenzen der jeweiligen Bundesländer. Durch den Beschluss der Bodenstrategie befindet sich der konkrete Maßnahmenkatalog mit den dazugehörigen Zielen bereits in der Umsetzung.“

SPÖ: „Ja. Konkrete und messbare Ziele sollen Teil der Bodenschutzstrategie sein.“

FPÖ: „Nein. Verbindliche Reduktionsziele liegen nicht im Kompetenzbereich des Bundes, jedoch kann der Bund früher ansetzen und den Bodenbedarf begrenzen, indem er das Bevölkerungswachstum durch illegale Migration bremst.“

Grüne: „Ja, nur mit einem verbindlichen Bodenschutzziel gibt es echten Bodenschutz. Ein Bodenschutzpaket muss eine verbindliche 2,5 Hektar-Obergrenze beim Bodenverbrauch mit Umsetzung bis zum Jahr 2030 enthalten. Außerdem braucht es Maßnahmen zur Unterstützung der Bundesländer bei einer flächensparenden Raumordnung: bei Bebauungsfristen, der Rückwidmung überschüssiger Baulandreserven und Initiativen zur Wiedernutzung leerstehender Gebäude und der Wiederbelebung von Gebäuden in Ortskernen sein. Bei Betriebsansiedlungsgebieten sollte über die eigene Gemeindegrenze hinausgedacht werden, indem Gemeinden sich zusammenschließen und die Steuereinnahme durch die Betriebe aufteilen. Wir haben darüber hinaus auf Bundesebene mit einer Novelle des Altlastensanierungsgesetzes das Flächenrecycling angestoßen. Dieses und andere von uns Grünen geschaffene Instrumente müssen fortgeführt werden.“

NEOS: „Ja. NEOS bekennen sich zu einer verbindlichen Reduktion des Flächenverbrauchs auf max. 2,5 Hektar pro Tag bis 2030. Die Verankerung dieses Zielwertes ist längst überfällig und wurde bereits in der Nachhaltigkeitsstrategie der damaligen Bundesregierung im Jahr 2002 erstmals vorgesehen - wohlgemerkt für das Jahr 2010.“

WWF-Bewertung: Seit die Politik im Jahr 2002 ein „Nachhaltigkeitsziel“ versprochen hat, wird es jedes Jahr deutlich verfehlt – insgesamt um bisher rund 110.000 Hektar Boden. Dieses Scheitern zeigt aus Sicht des WWF die Notwendigkeit verbindlicher Regeln. Mit der SPÖ, den Grünen und den NEOS plädieren auch drei der fünf befragten Parteien für die Verankerung verbindlicher Reduktionsziele. ÖVP und FPÖ sehen eine solche Regelung nicht im Kompetenzbereich des Bundes, weil die Raumordnung primär Ländersache ist. Das ist formal richtig, aber eine vernünftige Reform könnte mit qualifizierten parlamentarischen Mehrheiten oder durch eine „15a-Vereinbarung“ mit den Bundesländern angegangen werden. Auch mit verbindlichen quantitativen Zielen würde aus WWF-Sicht ausreichend Spielraum für eine flächensparende Entwicklung des Landes bleiben. Was sich dann aber nicht mehr ausginge, ist die maßlose Verschwendung der endlichen Ressource Boden.

¹ WWF-Bodenreport 2024. https://www.wwf.at/wp-content/uploads/2024/06/WWF_Bodenreport_2024.pdf

Frage 3: Werden Sie sich politisch dafür einsetzen, dass der nächste Finanzausgleich unter anderem ein wirksames Maßnahmenbündel (verbindliche Ziele, Anreize, Förderprogramme) gegen den Bodenverbrauch und die Zersiedelung enthält?

ÖVP: „Es ist gelungen, den aktuell geltenden Finanzausgleich (FAG) gemeinsam mit den Bundesländern zukunftsweisend zu gestalten. Im geltenden FAG treiben wir den Ausbau der erneuerbaren Energien in den Bundesländern voran. Zudem fördern wir gezielt Infrastrukturinvestitionen, die den Kindern und Familien unseres Landes zugutekommen. Im Zuge der Umsetzung der Bodenstrategie werden bereits jetzt konkrete Ziele in den Bundesländern forciert.“

SPÖ: „Ja. Die weitere Ökologisierung des Finanzausgleichs und des Steuersystems ist notwendig. Durch die Zusammenarbeit von Gemeinden und Maßnahmen gegen Leerstände, soll der Bodenverbrauch reduziert werden. Die Einnahmen aus einer Leerstandsabgabe können für monetäre Anreize zur Revitalisierung und Gebäudesanierung verwendet werden.“

FPÖ: „Wir begrüßen Ziele, Anreize und Förderprogramme gegen den Bodenverbrauch und die Zersiedelung. Die im Sinne der Fragestellung geforderte Verbindlichkeit ist jedoch mit der Autonomie der Länder und Gemeinden im Rahmen der Verfassung nicht realisierbar. Daher: Nein.“

Grüne: „Ja. Mit dem Zukunftsfonds im neuen Finanzausgleichsgesetz (FAG) haben wir Grüne durchgesetzt, dass sich die Länder erstmals zu verbindlichen und messbaren Zielen in drei Bereichen (Elementarpädagogik, Sanieren und Ausbau Erneuerbarer Energien) verpflichtet haben. Es ist ein Erfolg, dass sich auch die Länder im Bereich Klima- und Umweltschutz zur Mitarbeit bekennen. Auch die beschlossene Übertragung der Kompetenz für Leerstandsabgaben an die Länder ist ein wichtiges Instrument für mehr Bodenschutz, der im Zusammenhang mit dem FAG 2024 gelungen ist. Verpflichtender Klima- und Bodenschutz muss auch ein zentraler Bestandteil in den nächsten FAG-Verhandlungen sein. Länder und Gemeinden müssen ihren Beitrag dazu erbringen, unsere gemeinsamen Klimaziele zu erreichen.“

NEOS: „Ja. Die Bundesländer sollten durch ein Bonus-Malus-System beim Finanzausgleich in die Pflicht genommen werden. Wir setzen uns für verbindliche Versiegelungs-Obergrenzen für Länder und Gemeinden ein, beim Finanzausgleich soll es dann Abschläge bei der Zuteilung von Ertragsanteilen geben, wenn der Bodenverbrauch nicht eingebremst wird. Zusätzlich müssen Kommunal- und Grundsteuer auf ihre Wirkung auf den Bodenverbrauch hin evaluiert und im Sinne des Bodenschutzes verbessert werden.“

WWF-Bewertung: SPÖ, Grüne und NEOS wollen den nächsten Finanzausgleich flächensparend ausrichten und befürworten in ihrer Antwort ein Maßnahmenpaket dafür. Laut den Liberalen soll es zum Beispiel „Abschläge bei der Zuteilung von Ertragsanteilen geben, wenn der Bodenverbrauch nicht eingebremst wird“. Zusätzlich müssten Kommunal- und Grundsteuer reformiert werden. Die Freiheitlichen begrüßen in ihrer Replik „Ziele, Anreize und Förderprogramme“ gegen Bodenverbrauch und Zersiedelung, verweisen bezüglich der Verbindlichkeit aber auf die Autonomie der Länder und Gemeinden. Die ÖVP antwortet nicht auf die konkrete Frage und verweist auf den bestehenden Finanzausgleich sowie die unverbindliche Bodenstrategie der Bundesländer.

Zur generellen Einordnung hält der WWF fest: die Länder haben zwar die Zuständigkeit für die überörtliche Raumplanung, aber auch der Bund kann mit seinen Gesetzen, Strategien und Förderungen den Bodenverbrauch bremsen, wenn der politische Wille dafür vorhanden ist. Speziell über das Steuersystem und den künftigen Finanzausgleich hat der Bund eine sehr unmittelbare Möglichkeit, den Bodenverbrauch einzuschränken.

Frage 4: Wird sich Ihre Partei für die Verankerung einer öko-sozialen Steuerreform im künftigen Regierungsprogramm einsetzen?

ÖVP: „Die Volkspartei ist die Partei der ökosozialen Marktwirtschaft. In der aktuellen Legislaturperiode ist uns mit der Umsetzung der ökosozialen Steuerreform ein Meilenstein gelungen. CO2 hat einen Preis bekommen, während alle arbeitenden Menschen nachhaltig und strukturell entlastet werden! Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass jene, die jeden Tag arbeiten gehen und einen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten, mehr Netto vom Brutto bekommen.“

SPÖ: „Ja. Das Steuersystem bietet eine Vielzahl an Möglichkeiten einer sozialeren und ökologischeren Ausgestaltung. Für ein gerechtes Steuersystem muss die Verteilung des Steueraufkommens von Arbeitseinkommen hin zu leistungslosen Einkommen durch Millionenerbschaften und -vermögen umgeschichtet werden. Eine Ökologisierung des Steuersystems soll besonders betroffene Gruppen, vor allem Bezieher:innen niedriger Einkommen, unterstützen.“

FPÖ: „Einer Steuerreform stehen wir grundsätzlich nicht negativ gegenüber, sie darf aber nicht zu zusätzlichen Belastungen für die Bürger unter dem Deckmantel des Klimaschutzes führen.“

Grüne: „Ja. Wir Grüne haben bereits mit der ökosozialen Steuerreform einen Meilenstein beim Umbau des Steuersystems gesetzt. Wir nehmen unsere Umwelt, unser Klima und unsere Lebensgrundlage mit in die Rechnung: Mit dem Klimabonus lohnt sich klimafreundliches Verhalten auch fürs Geldbörse – vom Baby bis zur Uroma bekommen alle einen fixen Betrag und je weniger CO2 man verbraucht, desto mehr bleibt vom Klimabonus. Klimaschädliches Verhalten hat nun einen fairen Preis. Neben dem erfolgten Einstieg in die CO2 Bepreisung möchten wir auch eine Millionärssteuer für Millionenerbschaften.“

NEOS: „Ja. Österreich ist ein absolutes Hochsteuerland, insbesondere Erwerbstätige sind bei uns steuerlich stark belastet. Es braucht eine Entlastung des Faktors Arbeit - im Gegenzug sollte der Ressourcenverbrauch steuerlich stärker belastet werden. Zudem muss Österreich bei seinen Ausgaben sparen - jedes Jahr fließen mehrere Milliarden in umwelt- und klimaschädliche Förderungen. Das muss sich ändern.“

WWF-Bewertung: SPÖ, Grüne und NEOS bekennen sich klar zu einer öko-sozialen Steuerreform, während die FPÖ vor Belastungen warnt und die ÖVP auf bereits umgesetzte Schritte verweist – darunter die auf Initiative der Grünen gemeinsam beschlossene CO2-Bepreisung. Der WWF plädiert für einen umfassenden Ansatz, der die CO2-Bepreisung und damit den Klimabonus schrittweise erhöht sowie sozial staffelt. Weitere Maßnahmen sollten umweltschädliches Handeln und Ressourcenverschwendung erschweren, während umweltfreundliches Handeln und Investieren in Energieeffizienz und Klimaschutz belohnt wird - all dies fair und sozial gerecht. Denn derzeit bildet das Steuersystem die Schadenskosten von CO2 nur unzureichend ab und wirkt auch als indirekter Treiber für den Bodenverbrauch. Zum Beispiel erzeugt die milliarden schwere Kommunalsteuer einen unregulierten Wettbewerb zwischen Gemeinden - zulasten des Bodens und der Natur.

Frage 5: Wird sich Ihre Partei für den Abbau und die Reform umweltschädlicher Subventionen engagieren und das auch als konkretes Ziel im Regierungsprogramm verankern?

ÖVP: „Wirtschaftlicher Erfolg und Innovation sind eine unverzichtbare Grundlage für unser Land. Daher stehen wir für Klimaschutz mit Hausverstand, setzen auf Anreize statt Verbote. Österreich ist in vielen Nachhaltigkeitsfragen bereits Vorreiter und soll diese Rolle noch weiter ausbauen.“

SPÖ: „Ja. Die SPÖ unterstützt den Beschluss und die Umsetzung rechtlicher Maßnahmen zur schrittweisen Abschaffung oder Umgestaltung der Subventionen für fossile Energie und anderer umweltschädlicher

Subventionen (EU-weit und national) und ist der Meinung, dass diese Subventionen vorrangig auf den grünen Übergang ausgerichtet werden sollten. Der Schwerpunkt sollte auf der Unterstützung betroffener Menschen und sonstiger wichtiger Interessensgruppen liegen.“

FPÖ: „Nein. Eine Abschaffung von sogenannten ‚umweltschädlichen Subventionen‘ wie das Pendlerpauschale lehnen wir in Zeiten der Teuerung ab.“

Grüne: „Ja. Wir sind für den Abbau und die Reform von klimaschädlichen Subventionen und dafür, Nachhaltigkeit auch im Budget zu verankern und Klimaschutz in all seinen Facetten und auf allen Ebenen mitzudenken. Allerdings sind viele klimaschädliche Subventionen auf europäischer Ebene geregelt, etwa die Steuerbefreiungen für den Flugverkehr. Während der Grünen Regierungsbeteiligung konnten wir hier bereits Lücken schließen und haben die Normverbrauchsabgabe für große, CO2-intensive Autos erhöht und spritsparende sowie elektrische Autos bessergestellt. Außerdem haben wir die Flugticketabgabe erhöht und beim Kilometer-Geld das Fahrrad und den Öffentlichen Verkehr mit dem Auto gleichgestellt. Darüber hinaus brauchen wir jetzt noch ökologisch vernünftige Reformen bei weiteren klimaschädlichen Subventionen.“

NEOS: „Ja. Gemäß WIFO-Studie aus dem Jahr 2022 belief sich das jährliche Volumen an umweltschädlichen Subventionen in den Bereichen Energie, Verkehr und Landwirtschaft in den letzten Jahren auf bis zu 5,7 Mrd. Euro. Auf nationaler Ebene fordern wir schon lange und eindringlich die Abschaffung oder ökologische Umgestaltung umweltschädlicher Subventionen. Knapp 56 Prozent der umweltschädlichen Subventionen liegen laut WIFO in rein nationaler Kompetenz, der restliche Anteil fällt auf EU-Kompetenzen sowie internationale Abkommen. Es heißt also - fangen wir auf nationaler Ebene an und setzen das Abschaffen der kontraproduktiven Subventionen auf EU-Ebene weiter fort.“

WWF-Bewertung: Grüne, SPÖ und NEOS sind für den schrittweisen Abbau und die Reform umweltschädlicher Subventionen. Die FPÖ positioniert sich dagegen, die ÖVP antwortet ausweichend, hat sich aber schon öfters gegen die Reform einzelner Subventionen ausgesprochen. Als Umweltschutzorganisation fordert der WWF die rasche Vorlage eines verbindlichen Abbau- und Reformplans. So sollte die Politik zum Beispiel die indirekte Subventionierung von Diesel ganz streichen, während das Pendelpauschale ökologisiert wird. Denn derzeit wirkt diese Förderung als indirekter Treiber für den Bodenverbrauch. Auch Institutionen wie das WIFO oder die OECD verweisen in ihren Berichten regelmäßig auf den Handlungsbedarf.

| Bodenschutz & Steuersystem | ÖVP | SPÖ | FPÖ | GRÜNE | NEOS |
|---|-----|-----|-----|-------|------|
| Bodenschutz ins neue Regierungsprogramm | ? | ✓ | ✓ | ✓ | ✓ |
| Verbindliche Reduktionsziele Bodenverbrauch | X | ✓ | X | ✓ | ✓ |
| Finanzausgleich flächensparend ausrichten | ? | ✓ | ! | ✓ | ✓ |
| Öko-soziale Steuerreform verankern | ? | ✓ | X | ✓ | ✓ |
| Abbau umweltschädlicher Subventionen | X | ✓ | X | ✓ | ✓ |

Legende zur Einordnung der Parteien-Antworten: ✓ = Ja; X = Nein; ! = Teilweise; ? = Unklar

Frage 6: Thema Natur- und Artenschutz - Soll der Biodiversitätsfonds des Bundes langfristig abgesichert und in der kommenden Legislaturperiode finanziell deutlich aufgestockt werden? (beides auch als Projekt verankert im Regierungsprogramm)

ÖVP: „Die Finanzierung von Biodiversitätsmaßnahmen mit öffentlichen Mitteln soll weiter ausgebaut werden. Jedoch ist künftig zu gewährleisten, dass die Mittel zielgerichteter für den Naturschutz verwendet werden. Primär sollen dafür Maßnahmen gefördert werden, die unmittelbar in eine Verbesserung der Biodiversität münden.“

SPÖ: „Ja. Die SPÖ tritt für eine Biodiversitätsmilliarde in der kommenden Regierungsperiode ein. Zusätzlich sollen die weiteren einschlägigen Förderschienen (z.B. gewässerökologische Maßnahmen) ausgebaut werden.“

FPÖ: „Nein. Zum Schutz der Biodiversität wird es weiterhin Maßnahmen brauchen, wobei die konkrete Ausgestaltung in Gesamtschau mit anderen Maßnahmen zu beurteilen ist und eine Zusage weiterer finanzieller Mittel vor dem Hintergrund der Budgetsituation unseriös wäre.“

Grüne: „Ja. Der Biodiversitätsfonds wurde mit einem Gesamtfördervolumen von 80 Millionen Euro ins Leben gerufen. Er ist im Umweltförderungsgesetz verankert und soll das auch bleiben. Unser Ziel ist eine Biodiversitätsmilliarde. Darüber hinaus war Leonore Gewessler's „Ja“ zum EU-Renaturierungsgesetz war ein „Ja“ zu sauberem Wasser, gesunden Böden, grünen Wäldern und saftigen Wiesen. Die Umsetzung ist nun zentral für den Erhalt der Artenvielfalt und echten Naturschutz. Wir treten dafür ein, dass die notwendigen Maßnahmen im Nationalen Wiederherstellungsplan festgelegt und gut finanziert werden. Bestehende Fördertöpfe auf EU-, Bundes- und Länderebene müssen neu ausgerichtet bzw. neu geschaffen werden. Subventionen, die unsere Biodiversität gefährden, müssen abgeschafft oder neu ausgerichtet werden. Wie Naturschutz gelingen kann, zeigt das laufende LIFE Renaturierungs-Projekt „AMOOORE“ zur Umsetzung der österreichischen Moorstrategie: Es läuft über zehn Jahre, umfasst mehr als 40 Millionen Euro und alle Bundesländer sind an Bord.“

NEOS: „Ja. NEOS haben in dieser Legislaturperiode sowohl die Einrichtung des Biodiversitätsfonds unterstützt als auch eine ausreichende Mittelbereitstellung für den Fonds per Entschließungsanträgen gefordert. Ein großer Teil der Mittel stammt aus dem Aufbau- und Resilienzfazilität der EU und der Rest wird aus nationalen Budgetmitteln bedient. Selbstverständlich sprechen wir uns für eine weiterhin ausreichende Dotierung des Biodiversitätsfonds aus. Der Biodiversitätsfonds bietet sich aus unserer Sicht auch gut für die Finanzierung von Wiederherstellungsmaßnahmen, die sich aus dem Renaturierungsgesetz ergeben, an. Der konkrete Finanzierungsbedarf dafür wird sich jedoch erst zeigen.“

WWF-Bewertung: Grüne, SPÖ und NEOS wollen den wichtigen Biodiversitätsfonds des Bundes gemäß ihren Ja-Antworten langfristig absichern und finanziell deutlich aufstocken, wenn sie nach den Wahlen in eine Regierungsverantwortung kommen. Sozialdemokratie und Grüne fordern konkret eine „Biodiversitätsmilliarde“, wie sie bereits der WWF sowie führende Stimmen aus der Wissenschaft vorgeschlagen haben. Auch die ÖVP möchte gemäß ihrer Antwort die Finanzierung von Biodiversitätsmaßnahmen mit öffentlichen Mitteln ausbauen - mit einem Fokus auf „Maßnahmen, die unmittelbar in eine Verbesserung der Biodiversität münden“. Die FPÖ sieht trotz ihrer negativen Replik ebenfalls Handlungsbedarf zum Schutz der Biodiversität, möchte die Ausgestaltung aber im Paket mit anderen Maßnahmen bewerten, auch in Verbindung mit der Budgetsituation.

Frage 7: Stichwort Renaturierung – Wird sich Ihre Partei für einen bundesweit abgestimmten, ausreichend finanzierten und von einem Beteiligungsprozess begleiteten Aktionsplan zur Wiederherstellung der Natur in Österreich einsetzen und die Eckpunkte im künftigen Regierungsprogramm verankern?

ÖVP: „Wir haben uns klar gegen die rechtswidrige Zustimmung durch Ministerin Gewessler zur EU-Renaturierungsverordnung ausgesprochen. Es gilt abzuwarten, ob der Beschluss aufgrund der avisierten Nichtigkeitsklage vom EuGH aufgehoben wird.“

SPÖ: „Ja. Bund und Länder tragen eine gemeinsame Verantwortung, Finanzierungsfragen sind primär vom Bund zu lösen.“

FPÖ: „Nein. Was Bundesministerin Gewessler mit der Zustimmung zum EU-Renaturierungsgesetz getan hat, ist nichts weniger als ein Verfassungsbruch. Abermals hat sie von Ideologie getrieben gegen die Interessen der Bevölkerung gehandelt. Die Folgen dieser Entscheidung sind tiefgreifend und bedeuten den endgültigen Abschied von der Ernährungssouveränität Österreichs. Naturschutz soll nicht von der EU verordnet werden, sondern will in Österreich gelebt sein.“

Grüne: „Ja. Durch unser entscheidendes „Ja“ wurde mit dem EU-Renaturierungsgesetz das wichtigste Naturschutzgesetz des Kontinents beschlossen. Jetzt müssen auch die Eckpunkte für die Umsetzung im künftigen Regierungsprogramm verankert werden. Denn es ist die Entscheidung und Verantwortung der Mitgliedstaaten, welche Maßnahmen konkret gesetzt werden. Aus unserer Sicht ist es wichtig, bei der Erstellung des Nationalen Wiederherstellungsplans die Erfahrung und das Wissen von allen Beteiligten einzubeziehen – von Bäuer:innen über Waldbesitzer:innen bis hin zur Wissenschaft. Vom Renaturierungsgesetz haben sowohl die Natur als auch wir Menschen was: Wenn wir Flüssen wieder mehr Platz geben, sinkt die Gefahr von Hochwassern. Mehr Grünflächen in den Städten bedeuten Erholung und mehr Lebensqualität für die Menschen. Gesunder Boden garantiert unsere Ernährungssicherheit und schützt unser klares Trinkwasser.“

NEOS: „Ja. Das europäische Renaturierungsgesetz verpflichtet uns ohnehin zur Erstellung und Vorlage eines nationalen Wiederherstellungsplans in zwei Jahren. Aus Sicht von NEOS ist wichtig, dass bei der Umsetzung des nationalen Wiederherstellungsplans alle relevanten Stakeholder und die Österreich vorhandene wissenschaftliche Expertise eng eingebunden werden. Nachdem auch Finanzierungsinstrumente der EU für Wiederherstellungsmaßnahmen bereitstehen, gilt es diese so gut wie möglich abzuholen. Bei der Umsetzung müssen folgende Punkte sichergestellt werden: Kein Eingriff in privates Eigentum; Das Renaturierungsgesetz darf nicht zu noch mehr Bürokratie für Landwirte führen und muss praktikabel ausgestaltet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die zusätzlichen Anforderungen minimal und umsetzbar bleiben; Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ebenso von hoher Priorität. Die Umsetzung des Renaturierungsgesetzes darf den Ausbau nicht entschleunigen.“

WWF-Bewertung: SPÖ, Grüne und NEOS versprechen einen umfassenden, ausreichend finanzierten Aktionsplan zur Wiederherstellung der Natur und wollen das auch in einem künftigen Regierungsprogramm verankern. Die ÖVP will hingegen abwarten, ob die EU-Renaturierungsverordnung nicht noch durch die von ihr angekündigte Nichtigkeitsklage vor dem Europäischen Gerichtshof aufgehoben wird (Anmerkung: Unabhängige Fachleute wie der Europarechtsexperte Peter Hilpold geben dem wenig Chancen und sehen ein „[rechtsgültiges Zustandekommen](#)“). Auch die FPÖ lehnt die Verankerung eines Wiederherstellungsplans im künftigen Regierungsprogramm derzeit ab. Fachlich ist der Handlungsbedarf jedenfalls vorhanden: Über 80 Prozent europarechtlich geschützter Lebensräume und Arten sind in keinem günstigen Erhaltungszustand. Mehr als die Hälfte der Fließgewässer verfehlt die EU-Kriterien für einen guten ökologischen Zustand. Daher sollte die künftige Bundesregierung dem Erhalt der Biodiversität hohe Priorität einräumen und eine Naturschutz-Offensive starten. Die neue EU-Verordnung gibt Ziele vor, überlässt es aber den Mitgliedsländern, wie sie diese erreichen.

Frage 8: Thema Klimaschutz - Hält Ihre Partei am Erreichen der Klimaneutralität Österreichs bis 2040 fest und wird sich für das Erreichen dieses Ziels auf allen relevanten Beschluss-Ebenen einsetzen?

ÖVP: „Österreich geht mit gutem Beispiel voran. Bereits 2030 soll bei uns - als erstem Land in der EU - die Stromversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen stammen. Darüber hinaus gibt der Österreichplan von Bundeskanzler Karl Nehammer einen klaren Weg vor: Wir setzen auf klimafreundliche Mobilität, wie den grünen Verbrenner, die Transformation der Industrie sowie die Ökologisierung der Landwirtschaft. Zudem wurden von der aktuellen Bundesregierung bereits zahlreiche Gesetze und Initiativen beschlossen, die einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten: Allen voran die Ökologisierung unseres Steuersystems im Rahmen der ökosozialen Steuerreform und die Umsatzsteuerbefreiung beim Kauf von Photovoltaikanlagen.“

SPÖ: „Ja. Die SPÖ bekennt sich eindeutig zur Klimaneutralität bis 2040 und hat dieses Ziel bereits 2018 im Parteiprogramm verankert. Diese Zielsetzung braucht aber auch einen gesetzlichen Rahmen in Form eines Klimaschutzgesetzes, das die aktuelle Bundesregierung seit über 1.300 Tagen schuldig geblieben ist.“

FPÖ: „Nein. Die Bundesregierung von ÖVP und Grünen hinterlässt eine massive Hypothek, da schon der derzeitige Emissionstrend laut Fortschrittsbericht 2023 nicht ausreichend ist, um die unionsrechtlichen und nationalen Klimaschutzziele 2030 einzuhalten. Statt unerreichbaren Zielen mit Strafdrohung bei deren Verfehlung, fordern wir mehr Klimaschutz mit Hausverstand. Die ursächlichen Versäumnisse der schwarz-grünen Regierung werden unserem Wirtschaftsstandort teuer zu stehen kommen, wenn nicht eine politische Lösung auf EU-Ebene erzielt wird.“

Grüne: „Ja. Das Ziel ist klar: Österreich wird bis 2040 klimaneutral. In den vergangenen fünf Jahren haben wir bereits viel erreicht. Die CO₂-Emissionen sinken durch unsere Maßnahmen erstmals nachhaltig. Aber der Weg zur Klimaneutralität ist ein langfristiges Projekt. Klimaschutz betrifft alle Lebensbereiche und erfordert daher eine Verankerung in den unterschiedlichsten Bereichen, klare Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie eine gezielte Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Auf all diesen Ebenen setzen wir uns für die notwendigen Veränderungen ein, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen.“

NEOS: „Ja. NEOS bekennen sich zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens. Für uns steht es außer Frage, dass wir bis 2040 ein klimaneutrales Österreich und spätestens 2050 ein klimaneutrales Europa brauchen. Wir sehen dies als Chance, unser Land und unseren Kontinent dabei nicht nur lebenswerter für alle Bürgerinnen und Bürger zu machen, sondern auch wettbewerbsfähiger und freier.“

WWF-Bewertung: SPÖ, Grüne und NEOS möchten am Ziel der Klimaneutralität bis 2040 festhalten und die dafür notwendigen Maßnahmen beschließen. Die ÖVP hat dieses ambitionierte Ziel im Jänner 2020 gemeinsam mit den Grünen ausgerufen, trifft aber vorerst keine Aussage für das künftige Regierungsprogramm, sondern verweist nur auf ihre generellen Klimaschutz-Pläne. Darunter sind neben sinnvollen Punkten wie dem Erneuerbaren-Ausbau und der Transformation der Industrie auch Scheinlösungen wie der „Grüne Verbrenner“, weil grüner Wasserstoff im Straßenverkehr laut Fachleuten ineffizient ist und nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen wird. Die FPÖ positioniert sich als einzige Parlamentspartei explizit gegen die Klimaneutralität 2040 und hält auch die EU-Ziele bis 2030 für unerreichbar, wenn nicht noch eine Abschwächung erfolgt.

Fakt ist: Österreich hat sich unionsrechtlich verpflichtet, die CO₂-Emissionen bis 2030 um 48 Prozent zu reduzieren (Non-ETS-Bereich, Ausgangsjahr 2005). Auf Basis der bisherigen Maßnahmen wird Österreich dieses Ziel verfehlen, was je nach Preislage mehrere Milliarden Euro für ausländische Zertifikate kosten wird. Laut den letztverfügbaren Daten sind die CO₂-Emissionen im Jahr 2022 auf knapp 73 Millionen gesunken, aber die EU-Ziele erfordern noch deutlich mehr. „Es müssen weiterhin konkrete und intensive Maßnahmen folgen, um die Klimaziele und damit die Klimaneutralität zu erreichen“, schreibt das [Umweltbundesamt zur CO₂-Bilanz](#).

Frage 9: Wird sich Ihre Partei für den Beschluss eines wirksamen Klimaschutzgesetzes einsetzen, das insbesondere verbindliche CO₂-Reduktionsziele sowie strukturelle Maßnahmen bis 2040 vorsieht?

ÖVP: „Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Um dieser Herausforderung zu begegnen, braucht es ein Zusammenwirken aller Kräfte auf globaler, europäischer und nationaler Ebene. Statt Verbote setzen wir auf Innovation. Die ökosoziale Marktwirtschaft ist der Kompass für eine nachhaltige Klima-, Energie- und Umweltpolitik, die aber weiterhin Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum ermöglicht.“

SPÖ: „Ja. Die SPÖ hat eine klare Position zum Klimaschutzgesetz. Es muss neben dem Ziel der Klimaneutralität bis 2040 auch entsprechende Zwischenziele bis 2030 und jährliche sektorale Ziele enthalten. Neben einem zeitnahen Monitoring sind auch wirksame Korrekturmechanismen im Fall einer Zielverfehlung notwendig. Gesetzesautomatismen wie automatische Steuererhöhungen lehnen wir aber ab, denn die Erreichung der Ziele ist nur dann möglich, wenn Lasten und Nutzen der Maßnahmen fair verteilt werden.“

FPÖ: „Nein. Wir wollen eine dahingehende Adaptierung der EU-Vorgaben, dass zugunsten der Freiwilligkeit eine technologische Bevormundung der Bürger ausgeschlossen wird. Maßnahmen, die Arbeitsplätze und den Wirtschaftsstandort insgesamt gefährden, lehnen wir, insbesondere wenn im Ergebnis lediglich eine Verlagerung der Emissionen in Drittstaaten bewirkt wird.“

Grüne: „Ja. Aus unserer Sicht braucht es ein wirksames Klimaschutzgesetz mit klaren Zielen, Vorgaben und einem konkreten CO₂-Budget für alle Sektoren. Ein verbindlicher Klimacheck für Gesetzesvorhaben gibt dabei den klaren Rahmen für die Politik vor und die Verantwortlichkeiten sind geregelt. Wir Grüne haben dafür einen Entwurf ausgearbeitet, der bisher aber vom alten Denken anderer Parteien blockiert wurde. Wie bei den vielen von uns erfolgreich umgesetzten Klimaschutzgesetzen, werden wir auch hier beharrlich bleiben. Die Hartnäckigkeit hat sich ausgezahlt, denn durch diese Maßnahmen sinkt der CO₂-Ausstoß in Österreich erstmals und nachhaltig.“

NEOS: „Ja. Die ambitionierten Klimaziele in Österreich benötigen endlich einen rechtlichen Rahmen in Form des längst überfälligen Klimaschutzgesetzes. Dieses soll einen Emissionsreduktionspfad zur Erreichung der Klimaneutralität definieren, sowie klare Verantwortlichkeiten für Maßnahmen und Sanktionsmechanismen für mangelnde Fortschritte festlegen. Wichtig ist, dass die Umsetzung vor allem auf Kostenwahrheit und marktwirtschaftliche Mechanismen wie eine CO₂-Bepreisung setzt, statt oftmals erratische Verbote und Förderungen auszusprechen.“

WWF-Bewertung: Eine Allianz von NEOS, Grünen und SPÖ plädiert einhellig für den Beschluss eines wirksamen Klimaschutzgesetzes mit verbindlichen Zielen und strukturellen Maßnahmen. Alle drei Parteien sind auch für Korrektur- oder Sanktionsmechanismen, falls Ziele verfehlt werden sollten. Die ÖVP geht erneut nicht auf die konkrete Fragestellung ein, sondern skizziert hier ihre allgemeine Klimaschutz-Ausrichtung. Die FPÖ beantwortet die Frage nach dem Klimaschutzgesetz mit Nein und will die EU-Ziele nachverhandeln.

Aus WWF-Sicht ist der große Vorteil gesetzlicher und damit verbindlicher Ziele, dass sie die Planungssicherheit erhöhen, Innovationen fördern und effiziente Investitionen der Wirtschaft auslösen. Zugleich fördert die damit verbundene Energiewende auch die Unabhängigkeit des Landes von importierten fossilen Energieträgern. In diesem Zusammenhang greift auch die beliebte Frage nach „Innovation oder Verboten“ viel zu kurz, weil die Politik für einen umfassenden Schutz des Klimas und der Natur ihr gesamtes Instrumentarium ausschöpfen sollte – also sinnvolle Gesetze, klare Regeln, Anreize und Förderungen samt der Bewusstseinsbildung dafür.

Frage 10: Wird sich ihre Partei für die Verankerung eines verbindlichen Maßnahmen-Pakets gegen die Lebensmittel-Verschwendung im künftigen Regierungsprogramm einsetzen?

ÖVP: „Lebensmittelverschwendung geht uns alle an. Daher ist es auch klar, dass es hier Lösungen braucht. Der Österreichplan von Bundeskanzler Karl Nehammer sieht konkrete Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung vor, wie die Änderung des Mindesthaltbarkeitsdatums auf ein Verfallsdatum.“

SPÖ: „Ja. Aus Sicht der SPÖ reichen die freiwilligen Maßnahmen des Handels unter öffentlichkeitswirksamer Begleitung der jeweiligen Ministerin bzw. des jeweiligen Ministers nicht aus. Es braucht verbindliche Maßnahmen entlang der Wertschöpfungskette, sodass weniger Gemüse bereits auf den Feldern zurückbleibt oder später im Müll landet. Maßnahmen wären beispielsweise eine Abnahmepflicht des Handels für Obst und Gemüse in vertriebsfähiger Form und ein Vernichtungsverbot für noch genießbare Lebensmittel.“

FPÖ: „Ja. Wir fordern die vier zentralen Empfehlungen des Rechnungshof-Berichts zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung umzusetzen. Dazu sollen in regelmäßigen Abständen Daten zu den vermeidbaren Lebensmittelabfällen entlang der gesamten Lebensmittelkette erhoben werden. Im Falle der Erarbeitung einer gesetzlichen Verpflichtung der Lebensmittelunternehmen, Lebensmittel an soziale Einrichtungen zu spenden, wären auch die notwendigen infrastrukturellen, logistischen und finanziellen Rahmenbedingungen mitzubedenken. Die Einrichtung einer nationalen Koordinierungsstelle für die Umsetzung des Unterziels verringerte Lebensmittelverschwendung sollte evaluiert werden. In Abstimmung mit den zuständigen Bundesministerien wäre eine Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung zu erarbeiten; dabei wären alle Sektoren der Lebensmittelkette einzubeziehen.“

Grüne: „Ja. Wir haben für Transparenz gesorgt, wie viele Lebensmittel von Lebensmittelhändlern und Supermarktketten weggeworfen und wie viele gespendet wurden. Damit haben wir einen Überblick und geben Anreiz für mehr Lebensmittelspenden. Mit einem Bündel von Maßnahmen soll die Lebensmittelverschwendung bis 2030 halbiert werden, wie durch Unterstützung sozialer Organisationen, Transparenz bei der Weitergabe von Lebensmitteln, der Entfall der Umsatzsteuer auf Lebensmittelspenden sowie eine Kampagne, die für das Thema sensibilisieren soll. Lebensmittelverschwendung ist ein globales Problem, das auch in Österreich existiert. Unser Ziel ist, dass genusstaugliche Lebensmittel vom Handel gespendet statt vernichtet werden. Mit August 2024 entfällt auf unseren Druck hin die Umsatzsteuer auf gespendete Lebensmittel. Initiativen wie die Lebensmitteldrehscheibe, die Produzent:innen und Sozialorganisationen bei Lagerung und Logistik helfen, sollen langfristig abgesichert werden. Verschwenderischen Geschäftsmodellen, die billigste Lebensmittel in großen Mengen produzieren, die dann oft direkt in der Tonne landen, bieten wir entschieden die Stirn.“

NEOS: „Ja. Wir NEOS setzen uns gegen Lebensmittelverschwendung ein und sehen steuerliche Anreize für Lebensmittelspenden als mögliche Lösung. Rund 40 Prozent der weltweit produzierten Nahrungsmittel werden nie gegessen, sondern landen nach dem Kauf im Müll. Die Verschwendung wertvoller Nahrungsmittel verschärft zudem die Klimakrise und das Artensterben. Daher wollen wir die steuerliche Handhabung von betrieblichen Lebensmittelspenden an Sozialeinrichtungen verbessern. Darüber hinaus fordern wir weitere steuerliche Anreize zugunsten betrieblicher Lebensmittelspenden.“

WWF-Bewertung: Eine überparteilich große Mehrheit gibt es für einen stärkeren Einsatz gegen die Verschwendung von Lebensmitteln. Mit der SPÖ, der FPÖ, den Grünen und den NEOS wollen vier von fünf Parteien ein verbindliches Maßnahmen-Paket im künftigen Regierungsprogramm verankern. Die ÖVP bekennt sich noch nicht zum konkret nachgefragten Paket, sieht aber generell Lösungsbedarf und verweist beispielhaft auf die Änderung des Mindesthaltbarkeitsdatums auf ein Verfallsdatum. Im Detail plädiert die SPÖ für „verbindliche Maßnahmen entlang der Wertschöpfungskette“ – darunter eine Abnahmepflicht des Handels für Obst und Gemüse in vertriebsfähiger Form sowie ein Vernichtungsverbot für genießbare Lebensmittel. Die FPÖ will die Rechnungshof-Empfehlungen aus dem Jahr 2021 umsetzen bzw. evaluieren, wobei einige dieser RH-

Vorschläge bereits von der aktuellen Bundesregierung umgesetzt wurden, wie etwa die nationale Koordinierungsstelle. Die Grünen möchten die Lebensmittelverschwendung mit einem Bündel von Maßnahmen bis 2030 halbieren und verweisen ansonsten auf ihre eigene Regierungsbilanz. NEOS wollen die steuerlichen Regeln für betriebliche Lebensmittelspenden weiter verbessern. Entsprechende Spenden für mildtätige Einrichtungen sind ja seit August 2024 bereits steuerbefreit.

Fakt ist: Jedes Jahr entstehen in Österreich mehr als 1,2 Million Tonnen an vermeidbaren Lebensmittelabfällen und -verlusten, wie [wissenschaftliche Berichte](#) zeigen. Das sind im Schnitt rund 135 Kilo pro Kopf. Angesichts der Dimension des Problems braucht es gemäß einer WWF-Analyse in Zukunft mehr politische Ambition und Konsequenz, um die Abfälle substanziell zu reduzieren. Das ist schon lange überfällig. Denn Österreich hat sich bereits 2015 im Rahmen der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung dazu bekannt, die Lebensmittelabfälle pro Kopf bis 2030 zu halbieren und entlang der Produktions- und Lieferkette zu reduzieren. Damit nicht nur Vorreiter, sondern alle relevanten Akteure der Lebensmittelkette konsequent gegen Lebensmittelabfälle vorgehen, braucht es insbesondere verbindliche Reduktionsziele und Maßnahmenpakete für alle Sektoren: von der Produktion über die Gastronomie bis zum Handel. Bisherige, meist nur punktuelle Initiativen, wie die Meldepflicht für den Lebensmittelhandel müssen auf die gesamte Lebensmittelkette ausgeweitet werden.

| Natur- und Klimaschutz | ÖVP | SPÖ | FPÖ | GRÜNE | NEOS |
|--|-----|-----|-----|-------|------|
| Biodiversitätsfonds aufstocken | ! | ✓ | X | ✓ | ✓ |
| Wirksamer Renaturierungsplan | X | ✓ | X | ✓ | ✓ |
| Klimaneutralität bis 2040 | ! | ✓ | X | ✓ | ✓ |
| Starkes Klimaschutzgesetz | X | ✓ | X | ✓ | ✓ |
| Maßnahmenpaket gegen Lebensmittelverschwendung im Regierungsprogramm | ! | ✓ | ✓ | ✓ | ✓ |

Legende zur Einordnung der Parteien-Antworten: ✓ = Ja; X = Nein; ! = Teilweise; ? = Unklar

WWF-Umfrage: Fragen und Antworten der Parteien im Überblick

Der WWF hat am 8. Juli 2024 einen Fragebogen an alle Parlamentsparteien geschickt und ihre jeweiligen Antworten auf Basis eines Ampelsystems eingeordnet (siehe Legende unten).

Bodenschutz & Steuersystem

| | ÖVP | SPÖ | FPÖ | GRÜNE | NEOS |
|---|-----|-----|-----|-------|------|
| Wird sich Ihre Partei für die Verankerung eines Bodenschutz-Pakets im künftigen Regierungsprogramm einsetzen, wenn sie darüber verhandelt? | ? | ✓ | ✓ | ✓ | ✓ |
| Werden Sie sich konkret dafür einsetzen, dass im Regierungsprogramm verbindliche Reduktionsziele für den Bodenverbrauch bzw. die Bodenversiegelung verankert werden? | X | ✓ | X | ✓ | ✓ |
| Werden Sie sich politisch dafür einsetzen, dass der nächste Finanzausgleich unter anderem ein wirksames Maßnahmenbündel (verbindliche Ziele, Anreize, Förderprogramme) gegen den Bodenverbrauch und die Zersiedelung enthält? | ? | ✓ | ! | ✓ | ✓ |
| Wird sich Ihre Partei für die Verankerung einer öko-sozialen Steuerreform im künftigen Regierungsprogramm einsetzen? | ? | ✓ | X | ✓ | ✓ |
| Wird sich Ihre Partei für den Abbau und die Reform umweltschädlicher Subventionen engagieren und das auch als konkretes Ziel im Regierungsprogramm verankern? | X | ✓ | X | ✓ | ✓ |

Natur- und Klimaschutz

| | ÖVP | SPÖ | FPÖ | GRÜNE | NEOS |
|---|-----|-----|-----|-------|------|
| Soll der Biodiversitätsfonds des Bundes langfristig abgesichert und in der kommenden Legislaturperiode finanziell deutlich aufgestockt werden? | ! | ✓ | X | ✓ | ✓ |
| Stichwort Renaturierung: Wird sich Ihre Partei für einen bundesweit abgestimmten, ausreichend finanzierten und von einem Beteiligungsprozess begleiteten Aktionsplan zur Wiederherstellung der Natur in Österreich einsetzen und die Eckpunkte im künftigen Regierungsprogramm verankern? | X | ✓ | X | ✓ | ✓ |
| Hält Ihre Partei am Erreichen der Klimaneutralität Österreichs bis 2040 fest und wird sich für das Erreichen dieses Ziels auf allen relevanten Beschluss-Ebenen einsetzen? | ! | ✓ | X | ✓ | ✓ |
| Wird sich Ihre Partei für den Beschluss eines wirksamen Klimaschutzgesetzes einsetzen, das insbesondere verbindliche CO2-Reduktionsziele sowie strukturelle Maßnahmen bis 2040 vorsieht? | X | ✓ | X | ✓ | ✓ |
| Wird sich ihre Partei für die Verankerung eines verbindlichen Maßnahmen-Pakets gegen die Lebensmittel-Verschwendung im künftigen Regierungsprogramm einsetzen? | ! | ✓ | ✓ | ✓ | ✓ |

| | | | |
|---|-----------|---|--------|
| ✓ | Ja | X | Nein |
| ! | Teilweise | ? | Unklar |

Kontakt für Rückfragen

Mag. Volker Hollenstein
Politische Leitung WWF Österreich
E-Mail: volker.hollenstein@wwf.at

WWF (World Wide Fund for Nature) Österreich
Ottakringer Straße 114-116, 1160 Wien
E-Mail: naturschutz@wwf.at



Wir wollen die weltweite Naturzerstörung
stoppen und eine Zukunft gestalten,
in der Mensch und Natur in Einklang
miteinander leben.

together possible

wwf.at

Umweltverband WWF Österreich (WORLD WIDE FUND FOR NATURE)
Ottakringer Straße 114-116, 1160 Wien
ZVR-Zahl: 751753867
wwf@wwf.at | www.wwf.at